Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 89 (1995)
Heft: 11

Artikel: "Wenn Europa mehr Macht hätte..., wäre die Schweiz schon dabei"
Autor: Mettan, Guy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143940

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Guy Mettan

«Wenn Europa mehr Macht hätte..., wäre die Schweiz schon dabei»

Guy Mettan, Chefredaktor der «Tribune de Genève», trägt Überlegungen vor, die sich nicht nur mit der europäischen Integration auseinandersetzen, sondern die auch zur Integration der in dieser Frage auseinanderdriftenden Schweiz beitragen könnten. Der Autor zeigt am Beispiel der Schweizergeschichte, wie nur ein europäischer Bundesstaat Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger Europas gewährleisten kann. Allerdings darf Europa nicht mehr 300 Jahre warten, bis es soweit ist. Die Übersetzung aus dem Französischen besorgte Reinhild Traitler. Red.

Ein Misstrauen im Widerspruch zur Schweizergeschichte

Für die Schweizerinnen und Schweizer gibt es zwei Arten, das Problem der europäischen Integration anzugehen. Die erste schaut zu, was noch alles getan werden müsste, um dann zu verkünden, dass das *unmöglich*, der noch vor uns liegende Weg zu lang und zu kompliziert sei, als dass man sich dafür engagieren könne. Die zweite Art prüft, was alles erreicht wurde, und stellt fest, dass angesichts des bereits zurückgelegten Weges das *Ziel* schon recht *nahe* ist. Es ist offensichtlich, dass ich mich für diese zweite Variante des Vorgehens entschieden habe.

Die Schweiz ist, wenn man nur die Zeit der Moderne in Betracht zieht, seit mindestens 1848 ein *Bundesstaat*. Unser Land verfügt deshalb über eine Erfahrung in Demokratie und Föderalismus, die seine heutige Verhaltensweise gegenüber dem europäischen Integrationsprozess Lügen straft. Die Schweiz ist ein Bundesstaat, der über eine gewisse Reife verfügt, während *Europa als föderale Union* gerade erst geboren wird oder allenfalls seine ersten zögernden Schritte macht. Obwohl die Schweiz Sympathie haben sollte für einen Prozess, der die gleichen Ziele und die gleichen Wege verfolgt, die auch die ihren waren, ist eigentlich das Gegenteil der Fall: Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer begegnet der Europäischen Union mit Angst und Misstrauen.

Warum? Wie diesen negativen Geist verändern? Ich glaube, dass die Schweizerinnen und Schweizer zwei, drei wichtige Dinge über Europa wissen müssten, um ihre Ängste zu beruhigen.

Europa hat nicht genug Macht

Das erste ist, sich bewusst zu machen, dass – im Gegensatz zu dem, was viele denken – Brüssel nicht zu viel Macht hat. Im Gegenteil – Brüssel hat zu wenig Macht! Das *wahre Problem* der EU ist, dass sie nicht genug Macht hat, um effizient zu sein, um Entscheidungen zu treffen und interne Konflikte beizulegen.

Die Schweizer, die als eingefleischte Föderalisten eifersüchtig auf ihre kantonale Souveränität bedacht und immer bereit sind, die zentralistischen Gelüste «Berns» zu kritisieren, haben ein tiefes Misstrauen gegen den Zentralstaat. Sie haben dazu allen Grund; denn ihr Zentralstaat ist stark und mit genau definierten Machtbefugnissen ausgestattet (trotz seiner momentanen Funktionsschwierigkeiten). Aber indem sie «Brüssel» mit «Bern» gleichsetzen und ihre Angst vor zentralistischen Machtbe-

fugnissen auf die EU projizieren, übersehen sie, dass das Drama des gemeinsamen Europa nicht ein Übermass, sondern ein *Mangel an Macht* ist.

Diese irrtümliche Einschätzung stimuliert in der Schweiz die Opposition von rechts und von links. Während die EU ihre schwachen Machtbefugnisse zu erweitern sucht, wird jeder Fortschritt in diese Richtung von der *nationalistischen Rechten* im Stil Blochers als weiterer Schritt zu einer Diktatur Brüssels denunziert. Das meistgehörte Beispiel ist das der angeblichen *«Eurokraten»*. Die Anti-Europäer hören nicht auf, das «Diktat» der Eurokraten anzuprangern, deren zahllose Armeen noch bedrohlicher erscheinen als die Divisionen Stalins auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Aber warum zum Teufel vergessen sie immer darauf hinzuweisen, dass die Eurokraten in Brüssel, Strassburg und andernorts kaum 20 000 Personen zählen, das heisst, viel weniger als die Funktionäre der kantonalen Verwaltung von Zürich? Aber auch die *demokratische Linke* trägt zur Verwirrung bei, indem sie die Tendenz hat, alle Integrationsschritte der EU als zentralistische Gesten abzutun, die unsere Demokratie und die Volksrechte bedrohten.

Es ist trotzdem absolut notwendig, dass die EU ihre Macht verstärkt und nach und nach in den Genuss der gleichen Befugnisse und der gleichen Ausstattung kommt wie unser *Bundesstaat:* einheitliche Währung, gemeinsame Armee, einheitliche Aussenpolitik. Das ist der Preis für ein politisches und *soziales Europa,* und nur so wird es möglich werden, interne Konflikte beizulegen und ein weiteres «Jugoslawien» zu verhindern.

Europa bewegt sich in Richtung Föderalismus und Demokratie

So paradox es für einen Schweizer klingen mag, jede Stärkung der *zentralen Macht* in der EU ist ein Schritt in Richtung Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Frieden auf dem Kontinent. Ähnlich wie die Gründung des Bundesstaates von 1848 mit der Aufhebung der Grenzen, der kantonalen Währungen, Märkte und ständischen Ordnungen ein Instrument demokratischen und ökonomischen Fortschritts für alle Schweizerinnen und Schweizer war.

Die These ist also aus unserer eigenen Geschichte herzuleiten: Je mehr sich Europa stärkt, umso föderalistischer und demokratischer wird es. Auch das ist ein Faktum, das den Schweizerinnen und Schweizern entgeht, wenn ihnen die historische Sicht fehlt. Die direkte Wahl des *Europaparlaments,* die 1979 zum ersten Mal stattgefunden hat, war ein bemerkenswerter Fortschritt der Demokratie, ebenso die Stärkung seiner legislativen und finanziellen Befugnisse 1993. Weiter vergisst man allzu oft zu erwähnen, dass die *kleinen Staaten* innerhalb der EU über Machtbefugnisse verfügen, die im Vergleich zu ihrer Grösse beträchtlich sind. Der Schutz der Rechte der Kleineren gegenüber den Grösseren ist ein wesentliches Prinzip des Föderalismus, das viele Schweizer vergessen, wenn sie von Europa reden.

Schliesslich vertritt die EU-Kommission mit dem Prinzip der *Subsidiarität* die Basis des Föderalismus überhaupt. Dieses Prinzip will die öffentlichen Aufgaben soweit wie möglich an bürgernahe Strukturen übertragen: an Gemeinden, Kantone und erst zum Schluss an den Bundesstaat. *Jacques Delors,* der im Grunde genommen sehr jakobinisch war, hat sich in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft zum Verteidiger des Subsidiaritätsprinzips gemacht. Heute vertreten die Mitglieder der EU gemeinsam diese Position.

Auch die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags hat in vielen Ländern die Gelegenheit zu demokratischen *Volksbefragungen* gegeben. Es wird immer weniger möglich sein, die Bevölkerung zu vergessen. Die EU befindet sich offenkundig auf einem *unumkehrbaren Weg* in Richtung mehr Föderalismus und mehr *Demokratie.*

Die Schweiz kann kein Modell sein

Überzeugt vom *«Sonderfall Schweiz»* meinen viele Schweizerinnen und Schwei-

zer, dass ihre föderalen Institutionen ein Modell darstellten, das Europa nachahmen sollte. Das ist falsch, denn die Konföderation ist die Frucht eines langen, geschichtlichen Reifeprozesses, den man nicht tel quel auf Europa übertragen kann. Bis die Schweiz entstanden ist, hat es Jahrhunderte gebraucht, auch die Erschütterungen durch *Religions- und Bürgerkriege,* die Milchsuppen von Kappel und die Sonderbünde. Wenn wir solange warten müssten, um Europa zu schaffen, dürften wir uns erst in drei Jahrhunderten wieder zusammensetzen. Glücklicherweise ist der föderalistische Prozess in Europa schneller, als es der schweizerische gewesen ist.

Nichtsdestoweniger weisen die schweizerischen Institutionen Besonderheiten auf, die den *europäischen Föderalismus* inspirieren könnten. Mit dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg hat auch Europa seine «Sonderbünde» gehabt, viel blutigere freilich. Und es zweifelt nicht länger an der Notwendigkeit, sich zu vereinen, so wie das die Schweiz 1847/48 tat. Vor allem jene schweizerischen Institutionen, die mit besonderer Sorgfalt um den *Schutz von Minderheiten* bemüht sind, könnten der Regierungskonferenz von 1996 – welche Grundlagen für eine europäische Verfassung erarbeiten wird – Ideen liefern. Aber dafür müsste man erst recht Mitglied der Union sein. Denn wie kann man vorgeben, Modell für ein Europa zu sein, aus dem man sich draussenhält?

Auch in *wirtschaftlicher Hinsicht* sind diese Schweizer sicher, ein Sonderfall zu sein. Die Neutralität und der Zollschutz habe ihnen zu Wohlstand verholfen, meinen sie. Das war in der Tat so – vor der Einigung Europas. Aber das wird immer weniger der Fall sein. Der schweizerische Wohlstand ist weitgehend das Resultat politischer Konflikte und politökonomischer Divergenzen zwischen den europäischen Ländern. Mit der EU ist diese Epoche beendet, auch für die Schweiz, und es wäre besser, drinnen zu sein als draussen.

Die Geschichte zeigt, dass die grossen Länder immer kleine *«Off shore»-Länder* nötig haben, um bestimmte Geschäfte realisieren zu können. Frankreich hat Monaco, Grossbritannien die Kanalinseln und Deutschland Luxemburg. Sogar die Schweiz hat ihren Spezialkanton: Zug, und bis zu einem gewissen Grad Liechtenstein.

Zug ist der reichste Kanton der Schweiz, aber er gehört zur Schweiz, und diese Zugehörigkeit hat ihn nicht gehindert, reich zu werden. Die Schweiz könnte im europäischen Massstab die *gleiche Aufgabe* übernehmen, die der *Kanton Zug* bei uns hat. Wenn sie's nicht tut, so wird Luxemburg diese Rolle spielen, was es ja bereits im Begriff ist zu tun. Ich bin mir im Klaren, dass dieses Schicksal die Idealisten kaum begeistern wird. Aber es sollte wenigstens die Nationalisten beruhigen, die befürchten, nur wegen ihrer Bankkonten in die EU aufgenommen zu werden.

Ein anderer Parallelismus zwischen der Schweiz und dem entstehenden föderalen Europa ist die Tatsache, dass weder die Schweiz noch dieses Europa geographisch bestimmte Nationen sind. Die Schweiz ist weder ein Sechseck, noch ein Stiefel, noch eine Insel, und man kann von ihr auch nicht sagen – wie die Deutschen das können –, sie sei «ein Volk – ein Staat». Sie ist die Frucht des *Willens zusammenzuleben* und die Dinge gemeinsam zu tun, geboren am Faden der Zeit, wie das die Philosophin Jeanne Hersch einmal formuliert hat. Das supranationale und föderale Europa könnte ohne diesen gemeinsamen Willen nicht existieren. Deswegen sollten wir ihm danken, dass es in die gleiche Richtung geht, in die wir gegangen sind.

Denn das moderne Europa hat die gleichen *Erfolgschancen,* wie die Schweiz sie hatte, um seine föderale Einigung zu erzielen: Seine sprachlichen Grenzen stimmen nicht mit den nationalen überein. Diese sind nicht identisch mit den konfessionellen. Es gibt keine Länder, die exklusiv ländlich oder urban sind. Das demokratisch begründete Misstrauen gegenüber einer autoritären Zentralregierung ist ein gemeinsamer Grundwert.

In der Tat hat Europa alles, was nötig ist, um den Schweizern zu gefallen. Zweifelsohne ist gerade das auch der Grund, warum

sie sich dagegen auflehnen. Aber sie werden schlussendlich doch nachgeben, wie das auch beim Frauenstimmrecht der Fall war. Die Schweiz war eines der letzten Länder, die das *Frauenstimmrecht* annahmen. Die politischen Kämpfe, die darum tobten, haben wir heute schon vergessen, so selbstverständlich ist die Sache geworden. In 20 oder 30 Jahren wird man genauso über die Zugehörigkeit der Schweiz zur EU denken. Aber von hier nach dort braucht es den Mut weiterzukämpfen.

Hinweis auf ein Buch

WIDERSPRUCH 29: *EU, Schweiz und Europapolitik,* Zürich 1995, 196 Seiten, Fr. 18.–.

Als wertvolle Ergänzung zum vorliegenden Europaheft der Neuen Wege liest sich diese Schwerpunktnummer des WIDERSPRUCHs über den europäischen Integrationsprozess. Die EU-kritischen Beiträge überwiegen, wie das von einer linken Theoriezeitschrift nicht anders zu erwarten ist. Aber wo läge die Alternative für die Begründung des Abseitsstehens? Eine solche entwickelt noch am ehesten der Politologe *Paul Ruppen.* Er widerspricht der These, dass sich die Globalisierung der Wirtschaft nur durch überstaatliche Strukturen bändigen lasse. Statt dessen spricht er sich für ein «internationales Regelwerk» aus, das ökologische und soziale Vorreiterrollen von Einzelstaaten nicht wegreguliert. Mit einer «grosszügigen Friedens- und Entwicklungspolitik» könne die Schweiz erst noch dem «Vorwurf der EU» entgehen, in Europa «freeriding zu betreiben».

Dass ein Europa, das nur gerade die neoliberale Deregulierung auf Kosten der Umwelt- und Sozialpolitik seiner Mitgliedstaaten betreibt, nicht attraktiv sein kann, zeigt das linke Bestreben, die Utopie einer EU, wie sie sein sollte, zu skizzieren, um von daher den Beitritt der Schweiz zur real existierenden, aber sozial, ökologisch und demokratisch für entwicklungsfähig gehaltenen EU zu rechtfertigen. Vor allem die beiden Philosophen *Etienne Balibar* (Paris) und *Heinz Kleger* (Potsdam) plädieren für ein europäisches Staatsbürgertum zur Fortbildung des trotz allem «notwendigen Projekts».

Ob die Rechnung mit dieser «EU invisibilis» aufgeht? Heute dominieren jedenfalls die Kräfte, die Europa nicht vom Gemeinwohl her regulieren, sondern auf «Standortvorteile» im globalen Wettbewerb mit den USA und Asien reduzieren wollen. *Hans-Jürgen Bieling* meint zu Recht, im Spannungsfeld von «Marktherrschaft» und «technokratischem Regime» untergrabe die EU «ihre eigenen Grundlagen: den sozialpolitisch und demokratisch gebändigten Kapitalismus». *Anja Bultemeier* und *Frank Deppe,* beide wie Bieling am Marburger Institut für Politikwissenschaft tätig, kritisieren nicht weniger eine ökonomisch eindimensionale Integration, in der «die sozialpolitischen Handlungsspielräume der Nationalstaaten eingeschränkt werden, während keine supranationale Regulierungsinstanz die traditionellen Sozialstaatsaufgaben übernimmt». In der «doppelten Blockade» sowohl der europäischen Integration als auch der progressiven nationalstaatlichen Reformen sieht der Zürcher Soziologe *Patrick Ziltener* ein «Worst case»-Szenario, das er als «nicht das unwahrscheinlichste» bezeichnet.

Mit der ökonomistischen Schlagseite der heutigen EU einher gehen einerseits die Diskriminierung der Frauen, die *Susanne Schunter-Kleemann* am Beispiel der «keineswegs durchgehend frauenfreundlichen Rechtsprechung» des Europäischen Gerichtshofs analysiert, und anderseits die «Verpolizeilichung» der Asyl- und Migrationspolitik, wie *Claire Caloz-Tschopp* und *Laurent Monnier* von der Genfer Gruppe «Violence et droit d'asile» zeigen.

Auf der gewerkschaftlich-pragmatischen Ebene argumentieren *Serge Gaillard,* der den Wechselkurs als wirtschaftspolitischen Steuerungsmechanismus in Erinnerung ruft, und *Hans Baumann,* der den freien Personenverkehr mit flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping abfedern will. *Rudolf H. Strahm* vertritt anstelle der freizügigen Binnenmarktwanderung eine moderate Kontingentierung und entgegen dem Schengener Abkommen eine «humanitäre Migrationsethik» für «Repressionsflüchtlinge».

Mit diesem keineswegs vollständigen Hinweis auf die lesenswerte WIDERSPRUCH-Nummer verbinde ich den Wunsch nach einem linken Diskurs, der die Kritik an der EU aushält und nicht durch das «Prinzip Hoffnung» überspielt.

Willy Spieler